

1 **Jochen Ott** (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich bin
2 immer Fan von leidenschaftlichen Debatten im Deutschen Bundestag mit
3 Leuten wie Wehner und Strauß gewesen. Ich finde es eigentlich gut,
4 wenn wir hier ein bisschen Stimmung in der Hütte haben, aber Sie
5 brauchen keine Sorge zu haben, Frau Ministerin.

6 (Zuruf von Martin Börschel [SPD])

7 – Genau, deshalb meine ich ja, dass Sie keine Sorge zu haben brauchen.

8 Wohnungspolitik ist umfassend. Heute möchte ich aber nur über eine
9 Säule sprechen, und zwar über den Mieterschutz. Wir müssen daher
10 festhalten: Natürlich haben Sie die Pandemie missbraucht, um
11 Mieterschutz abzubauen bzw. – man könnte es auch so formulieren – um
12 ein klitzekleines Feigenblatt zu erhalten.

13 Sie haben eigentlich den kompletten Abbau des Mieterschutzes
14 vorgehabt, das kann man im Koalitionsvertrag nachlesen. Durch die
15 großen und Massenproteste im letzten Jahr, durch die Initiativen, die nicht
16 nur vom Mieterbund, sondern von allen Wohlfahrtsverbänden –
17 Katholiken, Evangelen waren beteiligt – unterstützt wurden, haben Sie
18 beigesteuert. Die CDU hat dann versucht, es irgendwie mit dem
19 Koalitionspartner hinzubekommen. Man muss jedenfalls vermuten, dass
20 ein Gutachten bestellt wurde, das das irgendwie gesichtswahrend möglich
21 macht.

22 Ich halte das tatsächlich für eine politische Trickserie, die hier
23 stattgefunden hat, weil dieses Gutachten einfach unhaltbar ist, wie wir von
24 den Experten aufgezeigt bekommen haben. Bei Ihnen fehlt selbst die
25 Bereitschaft, dann mit den Experten wenigstens Auge in Auge darüber zu
26 reden und den Mut zu haben, das auch zu besprechen. Sie haben das in

27 merkwürdigen Telefonkonferenzen, wo die Hälfte nicht hereinkam,
28 gemacht; Sie haben zu keinem Zeitpunkt versucht, mit den Experten auf
29 Augenhöhe zu sprechen.

30 Das ist ein Hohn für die Menschen in unserem Land. Wenn die Menschen
31 dann hören, was der Gutachter sagt, nämlich dass Mieten im
32 Landesdurchschnitt kein Problem seien, ist das ein Schlag ins Gesicht der
33 vielen Menschen in unserem Land, die real erleben, dass sie mehr als
34 30 %, mehr als 40 % ihres Einkommens für Miete ausgeben müssen. Das
35 erleben sie konkret, und dann bekommen sie hier gesagt: Stimmt nicht.

36 Der Gutachter sagt: Wir haben kein Mietproblem.

37 Aber wie die Lage wirklich ist, kann man nachlesen, wenn man sich den
38 Bericht der NRW.BANK anschaut. Im Bericht der NRW.BANK steht – ich
39 zitiere daraus mit Erlaubnis des Präsidenten –:

40 „Die Märkte haben sich nach Einschätzung der im
41 Wohnungsmarktbarometer 2018 befragten Experten im ganzen Land
42 weiter angespannt. Insbesondere die Lage in den preisgünstigen
43 Mietmärkten ist so schwierig wie nie: ...“

44 Weitere Zitate:

45 „Im Landesdurchschnitt sind die Mieten auch 2017 und 2018 weiter
46 gestiegen.

47 Im Landesdurchschnitt steigen Erst- und Wiedervermietungsrenten
48 nach wie vor stärker als die Inflation und die mittleren Einkommen.

49 Seit 2014 steigen auch die Wiedervermietungsrenten deutlich stärker
50 als das mittlere Einkommen – seither macht jeder Mieterwechsel eine
51 Wohnung im Grunde genommen im Durchschnitt weniger

52 erschwinglich.“

53 Meine sehr verehrten Damen und Herren, die NRW.BANK selbst
54 beschreibt die Lage. Sie hat sich in den letzten drei Monaten nicht
55 verbessert. Deshalb ist es schon eine spannende Geschichte, wenn Kritik
56 vom Kollegen Becker, von anderen, vom Kollegen Klocke geäußert wird,
57 dass Sie sich hier hinstellen, Herr Kollege Paul, und was vom Aluhut
58 erzählen. Ich kann nach dieser Debatte festhalten: Die FDP in Nordrhein-
59 Westfalen scheint der Meinung zu sein, dass die kommunalen
60 Spitzenverbände einen Aluhut aufhaben und nicht über Fakten reden.

61 (Fabian Schrumpf [CDU]: Da müssen wir feststellen, dass Sie
62 nicht zugehört haben!)

63 Das haben Sie hier gesagt. Ich kann das nicht anders interpretieren. Es
64 sind ja nicht wir alleine, die diese These vertreten, sondern die
65 kommunalen Spitzenverbände gemeinsam.

66 Mit Erlaubnis des Präsidenten will ich aus der Stellungnahme der
67 kommunalen Spitzenverbände zitieren. Zum einen sagen sie – ich zitiere
68 –:

69 „Zur Bestimmung der Gebietskulisse der neuen
70 Mieterschutzverordnung ... wurden **lediglich zwei der vier vom**
71 **Bundgesetzgeber ... als vorrangig vorgegebenen Indikatoren**
72 verwendet. ... Warum aber die Beantwortung einer so komplexen
73 Fragestellung mit entsprechend weitreichenden Folgen lediglich auf
74 so geringe Evidenz gestützt wird, ist nicht nachvollziehbar.“

75 Außerdem äußern die kommunalen Spitzenverbände – Zitat –:

76 „Nicht nachvollziehbar ist auch die Entscheidung, **keinerlei**
77 **Entwicklungsindikatoren für die Beurteilung der Anspannung**

78 **auf Wohnungsmärkten** einfließen zu lassen.“

79 Etwas weiter unten heißt es – ich zitiere –:

80 „Die Entwicklung von Bevölkerungs- und Haushaltszahlen wird weder
81 rückblickend noch zukünftig (Prognosen) und auch nicht im
82 Zusammenhang mit der Entwicklung des Angebotes
83 (Wohnungsbestand oder Neubau) in die Begründung einbezogen ...“

84 Ich zitiere weiter:

85 „In einer Gesamtbetrachtung hätte es sich angeboten, die beiden
86 verwendeten Indikatoren ‚Leerstand‘ und ‚Mietbelastung‘, die den
87 aktuellen Zustand abbilden, um den Aspekt ‚**Dynamik**‘ zu ergänzen.“

88 Weiter spricht der kommunale Spitzenverband davon, dass im Gutachten
89 davon die Rede sei, der Neubau sei passgenau. Aber über die Frage der
90 Zielgruppen am Wohnungsmarkt wird gar nicht gesprochen.

91 Wir diskutieren hier mit dem Kollegen Laumann über die Frage: Was ist
92 mit Menschen mit Behinderung, mit älteren Menschen? Wir reden über
93 die Fragen: Was ist mit Familien mit vielen Kindern? Was ist mit unteren
94 Einkommensgruppen? Was ist mit Obdachlosigkeit? Das wird hier alles
95 diskutiert. Und wenn es um die Frage geht, ob die sich am
96 Wohnungsmarkt versorgen können, dann reden Sie in diesem Gutachten
97 gar nicht darüber. Das interessiert überhaupt keinen Menschen.

98 Das Beste daran ist noch – ich zitiere noch einmal den Städtetag, den
99 Städte- und Gemeindebund und den Landkreistag –:

100 „Die als einer der Hauptindikatoren verwendeten Leerstandsdaten
101 werden im Gutachten als teilweise fehlerhaft beschrieben und
102 basieren auf Zensusdaten aus 2011.“

103 Wenn man das zusammenpackt und dann noch sieht, dass die
104 Mietbelastung im Medianeinkommen gerechnet wird, was in unserem
105 Bundesland nur auf der Landkreisebene berechnet werden kann, dann
106 muss man feststellen, dass Städte wie Paderborn, Neuss und Aachen am
107 Ende einfach hinten rausfallen und die Belastungen der Menschen nicht
108 gesehen werden.

109 Ich finde es schon bemerkenswert – ich bin jetzt zehn Jahre in diesem
110 Parlament –, dass die kommunalen Spitzenverbände so eine eindeutige
111 vernichtende Stellungnahme abgegeben haben und Sie auffordern, mit
112 Ihnen darüber zu reden, und Sie sich verweigern, in einer Anhörung
113 geschweige denn in einem Gespräch darüber zu reden. Das ist unhaltbar,
114 meine sehr verehrten Damen und Herren.

115 (Beifall von der SPD)

116 Zum Thema „Umwandlungsverordnung“: Sie wissen ganz genau, dass es
117 in Düsseldorf ein Bürgerbegehren gibt, mit dem in vielen Stadtteilen diese
118 eingeführt werden soll. Sie wissen genau, dass der Stadtrat von Münster
119 im März die Einführung auf der Tagesordnung hatte. Wir haben immer
120 gesagt: Die Umwandlungsverordnung ist ein Instrument, dass die
121 Kommunen nutzen können sollen, wenn sie das möchten. Das kann man
122 nicht landesweit vorgeben. Aber wir sind dafür da, das zu ermöglichen.

123 Fakt ist eines: Im Ausschuss hat die CDU wie so oft gesagt: Evidenz. Wir
124 machen – Zitat Kollege Schrumpf – „evidenzbasierte Politik“.

125 (Beifall von Fabian Schrumpf [CDU])

126 Sollte, Herr Kollege Schrumpf, sollte es etwa so sein, dass die Heinsberg-
127 Studie dem politischen Willen eine wissenschaftliche Untermauerung
128 bieten sollte? Sollte es etwa so sein, dass das empirica-Gutachten

129 ebenso eine politische Möglichkeit geben sollte, den Mieterschutz noch
130 irgendwie so gerade eben hinzukriegen, damit es der Koalition passt?

131 Meine sehr verehrten Damen und Herren, was Sie hier machen, ist: Sie
132 zerstören das Vertrauen in Wissenschaft und Expertise,

133 (Fabian Schruppf [CDU]: Das machen Sie doch dadurch, dass
134 Sie alles besser wissen!)

135 anscheinend systematisch. Sie schaden damit auch Dornieden und
136 Richter mit ihren Verbänden. Die Menschen geraten immer mehr unter
137 Druck. Sie spüren, dass es nicht funktioniert. Meine große Sorge ist:
138 Wenn die Wirklichkeit der Politik von CDU und FDP so ausgeblendet wird,
139 dann wird das dazu führen, dass diejenigen Zuspruch bekommen, die wie
140 in Berlin mit dem Volksbegehren unterwegs sind und an vielen Stellen für
141 Lösungen plädieren, die wir auch ausdrücklich ablehnen.

142 Aber Sie radikalisieren die Menschen damit. Deshalb sind Sie
143 mitverantwortlich dafür, dass ein Stück soziale Marktwirtschaft in unserem
144 Bundesland von Ihnen abgeräumt wird. Das ist vollkommen falsche Politik
145 für unser Land.

146 (Beifall von der SPD)

147 **Präsident André Kuper:** Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die CDU-
148 Fraktion hat nun der Abgeordnete Herr Hausmann das Wort.